

Wer dieser Tage in der Kölner Innenstadt und drumherum in Rheinnähe wohnt, wird nachts regelmäßig aus dem Schlaf geschreckt. Immer wieder fahren Binnenschiffe vorbei und betätigen dabei das Horn oder leuchten mit ihren Suchscheinwerfern Häuserfassaden an. Beides ein Zeichen des Protestes gegen eine geradezu skandalöse Maßnahme der HKG (Hafen und Güterverkehr Köln AG). Die hat beginnend mit dem 6. Februar ein Anlegeverbot für Binnenschiffe an der Kaimauer des Rheinauhafens ausgesprochen. Die Begründung: Die Mauer sei marode, und während des Hochwassers sei es zu Schäden durch anlegende Schiffe gekommen. Und um das Verbot durchzusetzen, ließ die HKG kurzerhand die uralten Poller und Ringe am Kai abflexen. Die Binnenschiffer, die diesen Abschnitt des Rheins regelmäßig befahren, sind entsetzt und wütend, weil sie nun gezwungen sind, Liegezeiten bei Köln im Strom ankernd zu verbringen – eine unnötig gefährliche Aktion.



So sah es 1982 an der Kaimauer aus (Foto: VOF/Bas Klimbie)

Die Betroffenen haben sich in einer Facebook-Gruppe gefunden und organisieren den Widerstand. Aber auch Kollegen, die auf anderen Flüssen und in anderen Regionen fahren, solidarisieren sich mit den Rheinschiffen. Spannend, dass die sozialen Medien inzwischen ein derart wichtiges Medium der Kommunikation für einen Berufsstand sind, dessen Angehörige sich ja relativ selten im wirklichen Leben begegnen. Auf Facebook verbreitete sich die Aufforderung zum Protest in Windeseile. So kam es schon in der Karnevalswoche zu ständigem Gehupe – 24 Stunden in regelmäßigen Abständen.

Anwohner beschwerten sich, und die Wasserschutzpolizei begann vor der Stadt zu patrouillieren und Schiffen, die aus rechtlicher Sicht ohne Grund Schallsignale sendeten, gebührenpflichtig zu verwarnen. Während die einen meinten, 35 Euro sei ihnen der Protest wert, dachten andere über klügere Methoden nach. Inzwischen fahren viele Schiffe mit einer kölschen Flagge am Stock an der Domstadt vorbei – allerdings steht die Fahne als Zeichen des Protestes auf dem Kopf. Andere Kapitäne verlegen notwendige Sicherheitsübungen in die Nacht oder hupen aus Gründen, die legal sind, die aber üblicherweise keine Schallsignale auslösen.



*Nächtliche Sicherheitübung als Form des Protestes
(Screenshot: Facebook)*

Über die Hintergründe wird sowohl bei den Betroffenen, als auch in den Medien spekuliert. So steht die Frage im Raum, weshalb die HGK bei der Sanierung und dem Umbau des Rheinauhafens vor einigen Jahren nicht gleich eine neue Kaimauer, die den heutigen Anforderungen genügt, hat errichten lassen. Das verbreitetste Gerücht besagt, dass die Stadt Köln Rücksicht auf die mehr oder weniger wohlhabenden Wohnungseigentümer und Mieter am Ufer nehmen will, die sich durch die anlegenden Binnenschiffe gestört fühlen könnten. Der Bezirksbürgermeister Andreas Hupke, den die Schiffer um Hilfe gebeten haben, ist laut eines Artikels im Kölner Stadtanzeiger wütend und bezeichnet die HGK als eine „Schande für die Stadt“. Die Fronten scheinen verhärtet.

Warum aber ist es für Binnenschiffer so wichtig, ausgerechnet dort anlegen zu können? In den Zeiten extrem kurzer Liege- und Ladezeiten auch in der Binnenschifffahrt müssen die Menschen an Bord jede Gelegenheit nutzen, an Land einzukaufen und Dinge zu erledigen. Das ist in den Binnenhäfen oft nicht in der nötigen Zeit mit vernünftigem Aufwand zu schaffen. Daher ist es zwingend notwendig, auch in der Nähe von Innenstädten anlegen zu können. Das gilt besonders für Schiffer, die ihre Familie an Bord haben. Leider ist die Zahl urbaner Liegeplätze in den letzten Jahren drastisch geschrumpft – deshalb war der Kölner Rheinauhafen bei den Schiffern auch so beliebt.